

Deborah Stoffel

«Not in my backyard» (nicht in meinem Hinterhof), oder einfach Nimby – der Ausdruck aus den USA bezeichnet ein globales Phänomen, das überall da zu beobachten ist, wo ein legitimes gesellschaftliches Ziel auf individuelle Interessen trifft. Wie beim Bau von Handy-Antennen.

Auch die Schulzuteilung hat diese in sich widersprüchliche Struktur. Jedem Steuerzahler leuchtet ein, dass man nicht jährlich die Schulhäuser den Kinderzahlen anpasst, sondern die Zuteilung nach Kapazitäten erfolgt. Bis das eigene Kind auf dem Weg zur Klasse zwei Hauptstrassen queren muss.

Besonders schwierig wird die Schulzuteilung, wenn sie nicht mit den Ressourcen, sondern mit sozialer Durchmischung begründet wird. Wenn also, zugespitzt gesagt, zwei Kinder die Strasse in gegenläufiger Richtung kreuzen, um den Anteil fremdsprachiger oder bildungsferner Schülerinnen und Schüler anzugleichen. Dabei belegen unterdessen verschiedene Studien die sogenannten Kipp-effekte. «Ab zirka 20 Prozent fremdsprachiger Schüler werden die negativen Effekte sichtbar, und die Leistungen verschlechtern sich danach nicht linear, sondern gar exponentiell», schreibt Bildungsökonom Stefan Wolter im Bildungsbericht 2023. Dabei muss zwischen den Effekten, welche die fremdsprachigen Schülerinnen selbst betreffen, und jenen, die einen Einfluss auf die übrigen Kinder haben, unterschieden werden.

«Ab einem Anteil von 40 bis 50 Prozent fremdsprachige Schüler in einer Klasse werden auch negative Effekte auf die schulischen Leistungen der übrigen Kinder sichtbar.» Grundsätzlich wäre gemäss Wolter bei einem Anteil Fremdsprachiger von 17 Prozent eine gleichmässige Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf Schulen und Klassen möglich.

Was sehr gute Schülerinnen angeht, erwähnt Wolter Studien zu Peer-Effekten, «die zeigen, dass sehr gute Schüler meistens immunität gegen die Anwesenheit von schlechteren Mitschülern». Und noch etwas spielt eine Rolle: Wolter verweist auf eine neuere Untersuchung der Universitäten St. Gallen und Zürich, die zeigt, «dass die negativen Effekte vor allem oder praktisch ausschliesslich dann auftreten, wenn die ausländischen Kinder derselben Nationalität sind – wahrscheinlich, weil ihnen das erlaubt, in ihrer Sprache und nicht in der Schulsprache zu kommunizieren».

Ein Mann und sein Algorithmus

Die Forschenden folgern: «In der Schweiz hat dasselbe Kind je nach Zusammensetzung der besuchten Schule unterschiedliche Chancen auf Schulerfolg.» So oder so: Bei einem hohen Anteil fremdsprachiger Kinder gerät die Chancengleichheit ins Wanken, die das Gesetz eigentlich vorsieht. Eine bessere Durchmischung der Schulen wäre deshalb wichtig. Der Mann, der sich dieses Thema wie kein anderer in der Schweiz zur Aufgabe gemacht hat, ist Oliver Dlabáč. Der Politikwissenschaftler, der für die Universität Zürich und das Zen-

Wenn der Computer die Schulzuteilung macht

Als erste Stadt in der Schweiz nutzt Uster diesen Sommer einen Algorithmus, um Schulklassen besser zu durchmischen. Studien zeigen, dass ab 40 bis 50 Prozent Fremdsprachen-Anteil auch deutschsprachige Kinder weniger gut lernen.



Die soziale Durchmischung gilt als wirksame und kostengünstige Massnahme, um die Schulqualität zu verbessern.

Bild: Getty

trum für Demokratie Aarau tätig war, betreibt seit 2021 das Start-up Ville Juste (gerechte Stadt), ein Beratungsunternehmen.

Und er steht am Ursprung eines Algorithmus, der die Schulzuteilung automatisch nach soziokulturellen und geografischen Kriterien optimiert. Dlabáč hat die computergestützte Methode mit seinem Team entwickelt und in einer Grundlagenstudie auf Basis der Daten der grössten Schweizer Städte getestet. Als erste Stadt in der Schweiz hat sich Uster ZH nun entschieden, die Zuteilung der Erstklässlerinnen und Erstklässler und der Kindergärtler diesen Sommer mit dem Algorithmus zu machen. Im Prinzip passiere nichts Neues, nur die Methode

ändere, sagt Patricia Bernet, Primarschulpräsidentin von Uster. Schon vorher habe man auf eine möglichst gleichmässige Verteilung auf alle Klassen geachtet. Der Algorithmus erleichtere vor allem die Arbeit im Sekretariat, sagt Bernet. «Die Zuteilung ist sehr aufwendig, das geht über Monate.» Jeder computergenerierte Vorschlag werde noch einmal händisch geprüft, versichert sie. Im Zentrum stehe dabei immer, dass der Schulweg «möglichst kurz und machbar» sei und dem Alter des Kindes entspreche.

Kein Kind wird alleine umgeteilt

«Wir halten auch am Grundprinzip der Quartierschulen

fest», stellt Bernet klar. Kleinräumigkeit, Quartierstruktur bleiben prägende Elemente der Schulplanung. Gleichzeitig stehe die ausgewogene Zusammensetzung im Bildungsauftrag. «Diese betrifft Mädchen und Buben, die Sprachkenntnisse und die soziale Herkunft.»

Statt nur auf die Sprache zu fokussieren, berücksichtigt der Algorithmus soziokulturelle Faktoren, die anhand von aggregierten, anonymisierten Steuerindikatoren zu den Kleinquartieren erhoben werden. Oft gingen schlechte Deutschkenntnisse mit einem tiefen Bildungs- und Einkommensniveau einher, so Bernet. Die Eltern von Kindern, die eine eher überraschende Zuteilung erhalten, werden in

Uster seit Jahren noch vor dem offiziellen Zuteilungsschreiben per Brief informiert. Es sei nie so, dass aus einer Nachbarschaft ein Kind allein in ein anderes Schulhaus komme, während alle anderen in das nächstgelegene gingen, sagt Bernet. «Wir schauen, dass es immer eine Gruppe von Kindern gibt, die zusammen denselben Schulweg nehmen können.»

Letztes Jahr zählte Uster auf etwas mehr als 1000 zuteilte Schülerinnen und Schüler nur zwei Rekurse. «Das spricht für unseren Prozess.» Bernet rechnet dieses Jahr mit mehr Gesprächen und Einsprachen. Dies, weil es mehr ungewohnte Zuteilungen als üblich gegeben habe. Erste Gespräche mit betroffenen

Eltern hätten gezeigt, dass es kaum Skepsis gegen das Programm gibt. «Im Gegenteil, es wird begrüsst», sagt Bernet. Dennoch geht sie davon aus, dass Eltern in bestimmten Fällen eine andere Zuteilung wünschen, etwa wegen des Schulwegs, der Schule oder Freunden. «Das ist okay, wir werden immer klarmachen, dass die Spielregeln für alle gleich sind.» Dabei ist ihr bewusst, dass sich bessergestellte Eltern eher melden.

Eine gewollte Klassengesellschaft

Eine ausgewogene soziale Zusammensetzung zu erreichen, wäre eigentlich Aufgabe des Städtebaus, ist Bernet überzeugt. Gebe es im gleichen Quartier teuren und günstigen Wohnraum, sei dieses von Beginn an durchmischt. Theorie und Praxis klaffen in einem immer prekäreren Wohnungsmarkt indes auseinander. Ohnehin ist sie von der Entwicklung der Chancengerechtigkeit in der Schweiz eher ernüchtert. «Wir haben so viele Ressourcen und stehen im internationalen Vergleich schlecht da», bilanziert Bernet, die bald zehn Jahre im Amt sein wird. Es fehle am gesellschaftlichen Willen. «Wir halten an der Zweiklassengesellschaft fest.» Sie kritisiert etwa, dass schon nach der sechsten Primarschulklasse in Sek A, B und C unterteilt wird.

«Man weiss, dass das nicht gut ist, und hält trotzdem daran fest.» Die Lernkurven seien so individuell. «Wenn jemand in einem Fach keine gute Note hat, ist das Kind noch lange nicht in allen Fächern schlecht. Eine Zuteilung in die Sek C ist sehr demotivierend.»

In Winterthur und Zürich auf Eis gelegt

Zurück zum Algorithmus: Dieser wird in Uster zunächst für 5 Jahre eingesetzt. Danach will man Bilanz ziehen. Dlabáč hatte mit seinem Team in mehrjährigen Vertiefungsstudien in Zürich, Uster und anderen Städten viel Potenzial für besser durchmischte Klassen ausgemacht. Ganz einfach ist die Umsetzung nicht. Ein Schulkreis in Winterthur, der vor drei Jahren unabhängig von Dlabáč einen Versuch unternommen hatte, stiess auf erbitterten Widerstand. Das Stadtparlament verlangte in der Folge ein stadtweites Vorgehen, um ausgewogen zusammengesetzte Klassen sicherzustellen.

Nach einer Schulbehördenreorganisation liegt das Projekt derzeit auf Eis. Grundsätzlich sei das Interesse aber noch da, sagt Dlabáč. Anders klang es vor kurzem vonseiten des abtretenden Winterthurer Schulvorstehers Jürg Altwegg (Grüne). Er sagte gegenüber Radio SRF, dass man von dieser Idee wieder weggekommen sei.

Auch in Zürich ist das Projekt zurzeit sistiert. Dlabáč indes sagt, verschiedene schulische Vertreterinnen und Vertreter hätten sich bei ihm gemeldet und Interesse signalisiert, darunter zwei Schulleitungen aus Schwamendingen, das für seinen hohen Ausländeranteil bekannt ist. Auch hier, ist Dlabáč überzeugt, könne man eine gute Durchmischung erreichen – «ohne dass die Kinder mit dem Bus zur Schule müssten».

«Wir halten an der Zweiklassengesellschaft fest.»

Patricia Bernet
Primarschulpräsidentin
in Uster

Schulsegregation in den USA und in Europa

Bildung Die Forschung zur Schulsegregation hat ihre Anfänge in den USA. In einem Urteil des Obersten Gerichtshofs wurde 1954 die Rassentrennung an öffentlichen Schulen als verfassungswidrig erklärt. Die amerikanischen Südstaaten wurden in der Folge durch die sogenannten «desegregation plans» zu den schulisch am besten durchmischten Regionen der USA.

Die Forschung hat seither einige Erkenntnisse geliefert. Etwa, dass zusätzliche Gelder für sozioökonomisch benachteiligte Schulen, wie sie bei uns mit dem QUIMS-Programm gefördert werden, nicht ausreichen. Es braucht die sogenannten Peer-Effekte, den Einfluss der «Gspänli». Schülerinnen und Schüler aus bildungsaffinem Elternhaus machen Werte und Einstellungen sichtbar, aus die-

sen Modellen ergeben sich positive Lerneffekte.

Die soziale Durchmischung gilt vor diesem Hintergrund als wirksame und kostengünstige Massnahme zur Verbesserung der Schulqualität. Sie bleibt indes politisch umstritten und wird häufig unterlaufen; insbesondere in den USA, aber auch in der Schweiz, wie der Boom der Privatschulen zeigt. (des)